

Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

DS0455/11/12 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0455/11	14.12.2011

Absender Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Sven Nordmann	
Gremium Finanz- und Grundstücksausschuss Stadtrat	Sitzungstermin 16.12.2011 17.01.2012

Kurztitel Haushaltsplan 2012 „Zeilennummer 17 des Teilergebnishaushaltes Jugendamt“

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. für die Aufwendungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, die unter den Nr. 5331 und 5332 erfasst werden, entsprechend des Ludwigshafener Modell eine Kosten-Nutzen-Analyse für früh-präventive, familienbezogene Hilfen im Vergleich zu familienersetzenden Hilfen (außerhalb des Elternhauses) vorzunehmen und dabei Daten der Landeshauptstadt Magdeburg von 2005 an zu erheben und auszuwerten. Hierzu wird angeregt, einen engen Kontakt zur Hochschule Magdeburg-Stendal und zur Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg aufzubauen und weitere Akteure, wie z. B. das „Nationales Zentrum Frühe Hilfen“ oder das „Deutsche Jugendinstitut“ zu kontaktieren.
2. bis zum 30.06.2012 den Ausschüssen für Gesundheit und Soziales und dem Jugendhilfeausschuss
 - eine altersgruppenbezogene Übersicht über die eingesetzten Ressourcen, die entsprechenden personellen und finanziellen Aufwendungen (einschließlich der Mittelherkunft) und
 - eine Zusammenstellung über die im Bereich der Familienbetreuung, des Kinder- und Jugendschutzes tätigen Akteure unserer Stadt und der dazugehörenden personellen und finanziellen Eckdaten vorzulegen.
3. Im Haushaltsplan deutlich die unter 5331 und 5332 erfassten Finanzmittel nach familienbezogenen frühen Hilfen (für Familien mit Kindern 0 – 3 Jahre) und entsprechend des kindlichen Lebenszyklus „Kita-, Grundschul-, weiterführende Schulzeit“ die sonstigen familienbezogenen Hilfen und familienersetzenden Hilfen differenziert auszuweisen.
4. Welche Formen frühkindlicher Unterstützung kann sich die Verwaltung des Jugendamtes vorstellen, und wie könnten diese in der Landeshauptstadt kurzfristig umgesetzt werden?

Begründung:

Intention des Antrages ist es, das System der frühen Hilfen für Eltern so zu gestalten, dass der Mitteleinsatz für familienersetzende Hilfen deutlich im Aufwand reduziert werden kann. Eine analysierende Betrachtung der verschiedenen Hilfen und der Anwendung in unserer Stadt soll dazu erste Anregungen geben. Mit der Hochschule kann dazu ein engagierter Partner gewonnen werden. In der Ludwigshafener Studie wird herausgearbeitet, dass die Finanzierungspraxis mit ihrer Orientierung auf der finanziellen Absicherung der nach SGB VIII pflichtigen Aufgaben „verhängnisvoll ... für die betroffenen Individuen und die Gesellschaft insgesamt ist“ und dass ein Paradigmenwechsel in den Finanzierungsstrukturen von Gesundheitswesen und Jugendhilfe nötig ist, wobei „die derzeitige Finanzierung mit Schwerpunkt in den späteren Lebensjahren (...) deshalb durch eine konsequente Umsteuerung zugunsten einer passgenauen Unterstützung von Geburt an verändert werden (sollte):“

Der Mittelansatz in 2012 und 2013-2015 zeigt diesen kritisierten Schwerpunkt, denn es lässt sich ein deutlicher finanzieller Schwerpunkt im Bereich der familienersetzenden Hilfen erkennen, der sich zudem erhöht, wenn auch die Zuordnung der Vollzeitpflege als familienersetzende Hilfe in diesem Zusammenhang betrachtet wird. Wissend, dass die Zuständigkeiten und entsprechend die finanziellen Verantwortlichkeiten aus dem SGB VIII für familienersetzende Hilfen auch aus Bundes- und Landesmitteln gegenfinanziert werden, ist ein Umdenken angezeigt. So zeigt die Ludwigshafener Studie in der volkswirtschaftlich-ökonomischen Bilanz, dass unter Annahme einer pessimistischen Entwicklung des Kindes zum Jugendlichen über sechzig Prozent erhöhter und bei einer optimalen Lebensentwicklung immerhin einen um 34 Prozent höheren öffentlichen Mitteleinsatzes im Vergleich zu einem Mitteleinsatzes von frühen Hilfen bedarf. Gelingt es daher zunehmend, in Familien mit einer Risikoerwartung bzw. -bestätigung Eltern zu befähigen, sich ihren Erziehungsaufgaben am Kindeswohl orientiert, selbstbewusst und verantwortungsvoll zu stellen und unterstützt man sie in diesem Prozess der Entwicklung einer gesunden Elternschaft, zeigt dies deutlich bessere Ergebnisse sowohl für die kindliche Entwicklung als auch für die öffentlichen Kassen.

In unserer Stadt diese Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen, mit den angesprochenen Akteuren gemeinsam Modelle eines frühen Eingreifens zur Stabilisierung einer gesunden und verantwortungsvollen Elternschaft zu ergreifen, scheint ein sinnvoller und realistischer Weg, die hohen Kosten familienersetzender Hilfen, die jährlich steigen, zu vermeiden.



Hans-Dieter Bromberg
Fraktionsvorsitzender



Sven Nordmann
Stadtrat